



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Aber ganz sacht; sie kam ihm noch gar zu zerbrechlich vor. Da wußte sie, daß es ihm Ernst war.

Und sie lehnte sich wieder fest an ihn und ging still und voll Vertrauen an seiner Seite hin.

Der Mond stand nun voll über den Feldern, ein leiser Wind sang im Korn, und klar und mild kam die Nacht herauf.

\* \* \*

Und das ist meine Geschichte von der Bingersdorfer Brücke, von der die Wirtin nichts weiß.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 12. April 1908

(Vereinsgesetz und Börsennovelle. Die Erfolge des Blocks. Wandlungen in der Demokratie. Kabinettswechsel in England.)

Schneller, als man erwarten konnte, ist die Beratung der beiden „Blockgesetze“, des Reichsvereinsgesetzes und der Börsengesetznovelle, zu Ende geführt worden. Schon am 8. April konnte der Reichstag in die Osterferien gehn. Es gab noch leidenschaftliche Kämpfe, ehe das Ziel erreicht wurde. Als am 6. April das Vereinsgesetz in zweiter Lesung zu Ende beraten wurde, versuchten Zentrum und Sozialdemokraten einen neuen Ansturm gegen Paragraph 10a, der die Zulassung von Minderjährigen unter achtzehn Jahren in politischen Versammlungen verbietet. Diese Bestimmung war bekanntlich ebenfalls das Ergebnis eines Kompromisses, ein Zugeständnis der Liberalen an die Konservativen. Daran knüpften die Gegner des Blocks die Hoffnung, eine Anzahl von Mitgliedern der bürgerlichen Linken, die schon zu dem abgeschwächten Paragraphen 7 nur mit Widerstreben ihre Zustimmung gegeben hatten und darin ein genügendes Maß von Entgegenkommen gegen die Rechte sahen, dem Block abwendig machen zu können. Es war eine eitle Hoffnung. Die freisinnigen Fraktionen hielten treu zur Fahne. Jede Abstimung ergab die Ohnmacht der Versuche des „Antiblocks“, die ihm gegenüberstehende Phalanx zu durchbrechen. Am Abend des 6. April war das Vereinsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Und dann folgte am 7. April die zweite Probe auf die Festigkeit des Blocks. Auch die Börsengesetznovelle wurde von beiden Seiten, von der rechten und von der linken, auf das heftigste angefochten. Die Novelle sollte die Nachteile mildern, die durch die Schärfen des Börsengesetzes von 1896 den legitimen Handel beträchtlich geschädigt hatten. Die Tatsache, daß solche Nachteile bestanden, war nicht zu leugnen. Das Gesetz war ursprünglich aus der auch in Handelskreisen als berechtigt anerkannten Beobachtung entstanden, daß sich in dem Betriebe der Börse schwere Mißbräuche entwickelt hatten, die einen schädigenden Einfluß auf die heimische Produktion und die Sicherheit der kleinen Privatkapitalien ausübten. Das Unglück wollte nur, daß das Drängen einflußreicher Kreise nach einer Börsenreform sehr stark zu einer Zeit einsetzte, als die Caprivische Wirtschaftspolitik die großen wirtschaftlichen Erwerbsgruppen in zwei Lager auseinander gerissen hatte, die sich geradezu erbittert gegenüberstanden. Hier Landwirtschaft! — hier Handel und Industrie! Das sah aus wie ein Schlachtruf. Und nur so ist es zu verstehen, daß auch die gewiß berechtigten Wünsche der Landwirtschaft, eine Reform

des Börsenwesens namentlich durch Verhinderung des Börsenspiels in landwirtschaftlichen Produkten durchgeführt zu sehen, in Handelskreisen als ein feindseltiger Schlag gegen den Handel und seine Interessen überhaupt empfunden wurde, ein Schlag, der angeblich dazu bestimmt sein sollte, den Handel zu lähmen, Fortschritte des beweglichen Kapitals zu hemmen und den Weg für einseitige Sonderwünsche der Agrarier freizumachen. Die damalige politische Lage erschwerte also die sachliche Verständigung. Der wilde Trotz, den die Börse und die Handelskreise dem Reformeifer ihrer Gegner entgegensetzten, hatte zur Folge, daß bei dem doch zuletzt unabwendbaren neuen Gesetz viele Mißgriffe begangen wurden, die bei loyaler Aufklärung und verständigem Entgegenkommen der feindseligen Lager wohl zu vermeiden gewesen wären, während die agrarisch-konservativen Kreise aus dem Verhalten der Börse und ihren schroff übertriebenen Klagen in der Überzeugung bestärkt wurden, daß die Schäden und Mißbräuche noch lange nicht scharf genug angefaßt worden seien.

In den maßgebenden Kreisen der Regierung wurde sehr bald die Notwendigkeit erkannt, die unnötigen Härten des Börsengesetzes zu mildern, aber die politische Konstellation war der Lösung dieser Aufgabe dauernd ungünstig. Jedes Drängen von links wurde aus den Reihen der Agrarier mit höhnischer Zurückweisung beantwortet, der sich gewöhnlich die Bemerkung anschloß, eine Reform des Börsengesetzes sei allerdings notwendig, aber nicht im Sinne der Milde der Vorchriften, sondern vielmehr einer Verschärfung. Die Regierung suchte redlich zu vermitteln, weil doch einmal eine Einigung auf der mittlern Linie erfolgen mußte, aber es wurde ihr recht sauer gemacht, und als nun allmählich die Umstände immer gebieterischer eine Reform verlangten, kam die Reichstagsauflösung und die neue Wendung in der Reichspolitik. So wurde die Reform der Börsengesetzgebung einer der Punkte, die in der ersten programmatischen Erklärung des Reichskanzlers zur Blockpolitik enthalten waren. Aber bange Zweifel waren berechtigt, ob sich die starken Gegensätze der Parteien so weit versöhnen lassen würden, um gerade bei dieser Materie, die soviel gegenseitige Erbitterung erzeugt hatte, zu einem Kompromiß zu gelangen. Der agrarische Flügel der Konservativen versicherte bis in die Kommissionsberatung hinein, sie könnten nun und nimmermehr nachgeben. Und als die Kommission ihre Beratungen in erster Lesung beendet hatte, da konnte es ängstlichen Gemütern wirklich scheinen, als ob für das Zustandekommen dieser Vorlage nichts mehr zu hoffen sei. Die Konservativen hatten ihre Drohung wahr gemacht und die Börsengesetznovelle in ein gesetzgeberisches Monstrum verwandelt, das geeignet war, der Börse ganz und gar den Rest zu geben. Aber eben diese Übertreibung zeigte deutlich die demonstrative Absicht. Es waren die Tage, in denen sich die Liberalen schwankend zeigten und beim Vereinsgesetz beinahe schon entschlossen schienen, vom Block abzufallen, um nichts von ihren „Prinzipien“ zu opfern. Man kann nicht sagen, daß mit dem Vereinsgesetz und der Börsennovelle ein sogenannter „Ruhhandel“ getrieben worden sei. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Behandlung beider Vorlagen bestand nicht. Aber eine indirekte Wirkung wurde doch mit der Haltung der Konservativen bei der Kommissionsberatung über das Börsengesetz erreicht. Die Rechte bewies der Linken auf praktischem Wege: So sieht zu euerm Schaden die Gesetzgebung aus, wenn wir Konservativen in der Stellung zu unsern Parteiprinzipien dem Beispiel der Liberalen folgen, d. h. nichts davon aufgeben wollen. Es bedurfte allerdings keiner Vereinbarung etwa in der Form: „Gebt uns die Zugeständnisse, die wir beim Vereinsgesetz verlangen; wir geben dafür das Börsengesetz.“ Die Lage sprach vielmehr für sich selber, der Wink war deutlich genug. Als nun aber das Zustandekommen des Vereinsgesetzes gesichert war, erwuchs daraus im Zusammenhang der Dinge

für die Rechte die Ehrenpflicht, nun auch ihre schroff ablehnende Haltung beim Börsengesetz aufzugeben. Geeignete Vorschläge für ein Kompromiß zu machen, fiel den Nationalliberalen zu, die in dieser Frage besonders berufen waren, eine Mittelstellung einzunehmen. Auf der Grundlage dieses Kompromisses kam am 7. April das Börsengesetz in zweiter Lesung zustande.

Auch in Börsenkreisen wird zugegeben, daß das Gesetz der Effektenbörse wesentliche Vorteile und Erleichterungen bringt. Man hätte gern mehr gehabt, aber es geht schließlich auch mit dem Erreichten, das immerhin eine wirkliche Verbesserung bedeutet. Unzufrieden dagegen ist die Produktenbörse, die sich durch das aufrecht-erhaltne Verbot des Terminhandels in Getreide eingeengt und geschädigt fühlt. Aber zuletzt hat doch auch die Linke dem Kompromiß zugestimmt, sodaß die Vorlage nach verhältnismäßig kurzer Debatte mit einer großen Mehrheit angenommen wurde. Am 8. April folgten dann die dritten Lesungen der beiden Gesetze. Noch ein leidenschaftlicher Kampf, dann hatte der Block den Sieg errungen.

Zwei große Erfolge hat also die Blockpolitik aufzuweisen, und Fürst Bülow hat gegenüber den zahlreichen Unglückspropheten und Spöttern Recht behalten. Zwar sind die Zweifler noch nicht ganz bekehrt. Sie bemühen sich, die Bedeutung der Erfolge mit dem Vereins- und Börsengesetz nach Möglichkeit zu verkleinern, und behaupten plötzlich, die Sache sei doch eigentlich gar kein Kunststück gewesen und bedeute einen viel zu geringen Fortschritt, als daß man sich darüber freuen oder Hoffnungen darauf setzen könne. Die eigentliche Probe auf die Festigkeit des Blocks stehe noch bevor, wenn die Aufgabe der Reichsfinanzreform zu lösen sei. Diese letzte Behauptung kann man als richtig anerkennen, im übrigen aber darf man diesen Kritikern entgegenhalten, daß sie selbst ihre Ansichten sehr stark geändert haben. Sie haben dieselben Forderungen, die sie jetzt nach ihrer Erlangung so verächtlich ansehen, einst sehr hoch geschätzt und ihnen in der Rangordnung der liberalen Wünsche einen bevorzugten Platz eingeräumt. Darum ist die Bekämpfung der Blockerfolge recht bedeutungslos und kann nur dazu dienen, eine Opposition zu kennzeichnen, die einen Stich ins Hysterische hat. Überdies kann der Umfang politischer Erfolge nicht an dem gemessen werden, was von einzelnen Politikern gefordert wird, sondern nur daran, wie weit es dem leitenden Staatsmann glückt, ein von ihm aufgestelltes Programm trotz allen Widerständen durchzuführen. Ob man das Programm des Fürsten Bülow, womit er in die Blockpolitik eintrat, für richtig oder falsch hält, ist eine Frage für sich. Tatsache ist, daß viele Politiker — man darf wohl sagen: die Mehrheit der Politiker — die Durchführung dieses Programms mit einer aus Konservativen und Liberalen gemischten Mehrheit für praktisch unmöglich hielten. Viele bemerkten dabei auch ziemlich höhnisch, die Vorschläge des Reichskanzlers seien ja ganz vortrefflich, aber er werde sein Wort nicht einlösen können. Wenn nun auch dieselben Leute heute meinen, die früher von ihnen als vortrefflich bezeichneten Dinge seien gar nichts wert, so ändert das doch nichts daran, daß ihre damalige Diagnose falsch war. Denn Fürst Bülow hat zwei der schwierigsten Punkte seines Blockprogramms wirklich durchgeführt, obgleich die erfahrensten Politiker noch vor gar nicht langer Zeit darauf hätten wetten mögen, daß er sie nicht durchführen werde. Die Politik des Reichskanzlers darf also auf der Kreditseite ihres Kontos einen ziemlich hohen Betrag buchen, gleichviel ob die Bilanz andern Leuten in ihr Geschäft paßt oder nicht.

Ebenso wichtig wie der praktische Erfolg der Blockpolitik ist die bedeutsame Erscheinung, die diesen Erfolg bewirkt hat, nämlich die innere Wandlung, die in den Kreisen des sogenannten entschiedenen Liberalismus hervorgetreten ist. Wir haben uns hier schon mehrfach mit der Haltung des Abgeordneten von Payer befaßt, die ein Beispiel dafür ist, wie allmählich auch die bürgerliche Demokratie aus dem Reich der doktrinären Phrase auf den Boden der Realpolitik tritt. Endlich wird

auch auf dieser Seite den Parteiprinzipien die richtige Stelle angewiesen. Diese Prinzipien sind notwendig als Ausgangspunkt des politischen Denkens, als Mittel der Verständigung, um die Gefinnungsgenossen zusammenzuführen und zusammenzuhalten, sowie ihnen das Ziel zu bezeichnen, dem sie als ihrem Ideal zustreben. Aber bisher schlepten die Führer und Vertreter der Demokratie ihre Prinzipien überall wie eine schwere Rüstung mit sich und kamen nicht vorwärts, weil sie gar nicht auf das Ziel sahen, sondern immer nur daran dachten, sich in jedem Augenblick als gewaltige Kämpen zu zeigen. So ließen sie sich beständig in ihrer glänzenden Rüstung bewundern und merkten gar nicht, daß sie sich fortwährend in einem engen Kreise bewegten, statt vorwärts zu schreiten. Jetzt ist in diesem Kreise das Bewußtsein erwacht, daß man ein Ziel anstrebt, in dessen Erreichung die Prinzipien viel besser gewahrt sind, als wenn man bloß damit paradiert. Es hat die Herren freilich eine große Überwindung gekostet, den herkömmlichen, mit dem Wesen der Demokratie zusammenhängenden Respekt vor dem Unverstand der Wählermassen fahren zu lassen. Wer sich grundsätzlich auf die Masse und auf den Durchschnitt stützt, muß ja immer etwas Unverstand zur Schau tragen; das gehört zum Geschäft. Aber schließlich hat die Erfahrung zu denken gegeben, daß die großen Wählermassen doch nicht bei der bürgerlichen Demokratie bleiben, sondern zur Sozialdemokratie gehen, wenn sie immer und immer nur auf Unzufriedenheit und Opposition, niemals auf positive Erfolge gestimmt werden. Man hat sich endlich entschlossen, es einmal auf andre Art zu versuchen, nachdem die letzten Reichstagswahlen eine gewisse Enttäuschung und Ernüchterung unter den freiwilligen und unfreiwilligen Mitläufern der Sozialdemokratie hervorgebracht haben. Eine starke Strömung im Liberalismus will es nun, statt mit der Furcht vor dem Wähler, mit der Gewinnung des Wählers durch den praktischen Erfolg versuchen. Darum hat man die unverbesserlichen Doktrinäre in den Fraktionen der Linken abgeschüttelt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Herren Dr. Barth, Potthoff, von Gerlach usw. hingehen und ihre eigne Partei gründen, die zwischen Liberalismus und Sozialismus umherirrt wie der Schmied von Züterbogt, der nicht wußte, ob er in den Himmel oder in die Hölle gehörte. Unter den Männern, die sich von der Gemeinschaft der Doktrinäre und Allesverderber losgelöst haben, war auch Friedrich Naumann, der bis jetzt in diese Gemeinschaft tief verstrickt war, nun aber, ohne sich untreu zu werden, doch den Weg zur Realpolitik zurückgefunden hat.

Diese Wandlung im demokratischen Liberalismus ist von außerordentlicher Bedeutung. Denn wenn ein Zug zum Doktrinarismus auch tief im Wesen dieser politischen Anschauung begründet ist, so ist er doch nicht notwendig damit verbunden. In andern Ländern, die schon auf eine längere parlamentarische Entwicklung zurückblicken, ist der Liberalismus schon längst realpolitisch und darum regierungsfähig. Bei uns ist er — und zwar hauptsächlich durch eigne Schuld — künstlich davon zurückgehalten worden. Wird das jetzt anders, so öffnet sich eine weite Perspektive auf die Umgestaltung des politischen Denkens in den Kreisen, die bisher in der Negation stecken geblieben sind. Wir können, wenn diese Entwicklung nicht wieder unterbrochen wird, eine Gesundung und Erstarkung des Liberalismus erleben, der die Grenze zwischen sich und der Sozialdemokratie wieder scharf und kräftig zieht und durch die Fähigkeit zu positiver Mitarbeit die freiheitlichen, individualistischen Strömungen im Volke aus dem Zustand unfruchtbarer und verbissener Opposition erlöst. Der Anfang dazu ist gemacht; ob die Folgezeit dem entsprechen wird, wissen wir freilich nicht. Am meisten zu fürchten hätte eine solche Entwicklung die Sozialdemokratie.

Zur Beurteilung des Liberalismus bieten die Ereignisse in England eine interessante Parallele. Eine starke liberale Flutwelle hatte das Kabinett Campbell-Bannerman in die Höhe getragen. Die Vereinigung der doktrinär veranlagten radikalen und der realpolitisch veranlagten, dem Imperialismus zuneigenden Richtung

hatte zunächst eine sehr große Mehrheit der Liberalen geschaffen, und man wußte sich ineinander zu schicken. Die populäre Persönlichkeit Sir Henry Campbell-Bannermans mit ihrer Beredsamkeit und Gewandtheit machte dabei einen sehr wirksamen Einfluß geltend. Nun hat eine äußere Veranlassung, körperliches Leiden, den Rücktritt des Premierministers herbeigeführt. Sogleich kracht aber auch die künstlich zusammengehaltne Mehrheit in allen Fugen. Sir Henry war persönlich ein ausgesprochener Radikaler, aber seiner Persönlichkeit unterwarfen sich auch die andern Richtungen der liberalen Mehrheit. Darum ergab sich für den Beobachter von außen ein täuschendes Bild. Wirkliche Früchte hat diese Scheinherrschaft des Radikalismus nicht getragen. Das Verdienst an dem, was wirklich geleistet worden ist, fällt den andern Richtungen zu. Und jetzt, wo der leitende Mann zurückgetreten ist, findet er keinen Nachfolger, der auf derselben Bahn wandelt. Der neue Premier Asquith ist ein tüchtiger Staatsmann, aber Imperialist und kein Radikaler, und der doktrinaire Liberalismus in England steht mit seinen Abrüstungs-ideen, seiner Oberhausreform und ähnlichem mißmutig vor einer Reihe von getäuschten Hoffnungen. Seine Gefolgschaft droht abzufallen, und schon heute beginnt man mit der baldigen Wiederkehr einer konservativen Regierung zu rechnen. Zuletzt sind es doch nicht die das Ohr der Massen kitzelnden Grundsätze und Versprechungen, sondern die realpolitischen Möglichkeiten, die über die Schicksale nicht nur der Völker, sondern auch der Parteimeinungen entscheiden.

#### Koloniale Rundschau

Berlin, 12. April 1908

Dernburgs Programm ist nun auch im Plenum des Reichstags nach allen Seiten hin durchgesprochen worden. Daß in prinzipieller Hinsicht dabei etwas Nennenswertes herausgekommen wäre, läßt sich leider nicht sagen. Es bleibt vorläufig bei der negrophilen Zentrumspolitik, die sich Staatssekretär Dernburg in solchem Maße zu eigen gemacht hat, daß er das uneingeschränkte Lob seiner frühern bittersten Gegner ernten durfte. Wir sagen vorläufig, denn das Echo aus den Kolonien selbst wird sicher nicht ausbleiben und vielleicht auch dem Staatssekretär zu denken geben, jedenfalls aber einen Teil des Reichstags, der bis jetzt der Frage der Eingeborenenpolitik kühl gegenüberstand, aufmerksam machen und ihm die einschneidende Bedeutung der Frage vor Augen führen. Es ist offenbar unsern Volksvertretern bisher noch nicht recht klar geworden, daß das Verhältnis zu den Eingeborenen die Grundlage der gesamten Kolonialwirtschaft bildet, und daß alles Neben über wirtschaftliche Maßnahmen, Eisenbahnen, Besiedlung usw. leeres Stroh dreschen heißt, solange wir keine Gewähr für die Mitarbeit der Regier haben. Was dies betrifft, soll man uns nicht übel nehmen, wenn wir uns an die Erfahrungen und Anschauungen der alten bewährten Afrikaner und der kolonialen Praktiker halten. Wir brauchen uns ja nicht gerade die Ansichten der schroffsten Vertreter des Herrenstandpunktes zu eigen zu machen. Aber die Erfahrung hat unzweideutig gelehrt, daß der Neger aus sich selbst heraus ohne bestimmten Zwang niemals zu einer geordneten Wirtschaft gelangt (siehe Haiti und Liberia!). Wenn wir nicht verstehen, die Eingeborenen unsrer Kolonien durch geschickte Verwaltungsmaßnahmen langsam aber sicher zu geregelter Arbeit zu bringen, so werden die schönsten Unternehmungen draußen totgeborene Kinder bleiben. Gerade der beständige Eingriff der Verwaltung in ihr tägliches Leben wird den Negern am besten zum Bewußtsein bringen, daß wir die Herren im Lande sind, und der Respekt vor der weißen Rasse wird ihnen in Fleisch und Blut übergehen, besser als wenn sie sehen, daß unsre Bestrebungen lediglich von ihrem guten Willen abhängen. Unser tiefwurzelndes soziales Empfinden wird uns davor bewahren, die notwendige Erziehung des Negers zur Arbeit irgendwie in Härte ausarten zu lassen. Es soll dem Neger bei uns gutgehen, und Aufgabe der Gesetzgebung wird es sein, dafür

die nötigen Garantien zu schaffen. Für alle Fälle aber muß der Grundsatz Geltung erlangen: Wir sind die Herren im Lande, wir haben die Art der Erschließung des Landes zu bestimmen unter Berücksichtigung der wahren Interessen der Eingebornen, die sich dem anzupassen haben. Der Neger ist noch gar nicht reif, die dem Dernburgschen Programm zugrunde liegenden sozialen Anschauungen zu begreifen. Er wird sie als Äußerung unsrer Schwäche auffassen und bei passender oder unpassender Gelegenheit die Konsequenzen zu ziehen suchen. Wie, das haben uns die Aufstände in Südwest- und Ostafrika gezeigt. Das ist die politische Seite der Sache.

Der Staatssekretär wird in nächster Zeit seine Fahrt nach Südwestafrika antreten. Dort hat der frühere Gouverneur, jetzige Unterstaatssekretär vor Jahresfrist eine Politik eingeleitet, die der heutigen Dernburgschen direkt zuwiderläuft. Die Eingebornen sind der allerschärfsten Kontrolle unterworfen worden, kein Herero oder Hottentotte darf sich ohne Paß blicken lassen, der über das Woher und Wohin genau Auskunft gibt und ihm von jedem Weißen abgefordert werden kann. Alles Eigentum ist den Eingebornen abgenommen und das zu ihres Leibes Nahrung und Notdurft Allernotwendigste an Vieh nur bedingungsweise überlassen worden. Sie sind daher zum großen Teil gezwungen, für die Weißen zu arbeiten, um ihr Leben zu fristen. Dieses Verfahren ist hart, aber gerecht und notwendig, um die Eingebornen von weiteren Greuelthaten abzuhalten, sie an Ordnung und Arbeit zu gewöhnen und ihnen die Macht der Weißen tagtäglich vor Augen zu führen. Denn der Aufstand steckt ihnen immer noch in den Gliedern, Ausschreitungen und Mäubeereien unterworfenen Hereros sind an der Tagesordnung. Und gerade als man im Reichstag über die Härte dieser Politik jammerte, über die „Rechte“ der Eingebornen debattierte, traf die traurige Nachricht von einem neuen Hottentottenüberfall und dem Tode zahlreicher Offiziere und Reiter ein — eine ernste Mahnung vor Übereilung. Sie ist augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf den Reichstag geblieben und wird hoffentlich recht lange nachwirken. Dem Staatssekretär kann man nur wünschen, daß er sich nach seiner Reise nicht verführen lassen wird, seine ostafrikanische Politik auch auf Südwest zu übertragen. Die Vindequische Politik liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Eingebornen selbst. Nur wenn diese durch scharfe Kontrolle von weiteren Dummheiten abgehalten und an Ordnung gewöhnt werden, können sie sich wieder wirtschaftlich erholen. Für unsre Bestrebungen ist dies nicht weniger wichtig, wir brauchen die Eingebornen so notwendig wie das tägliche Brot.

Dies ist die Auffassung unsrer Landsleute in Südwest, der Herr von Vindequist mit seiner Eingebornenverordnung Geltung verschafft hat. Mit Recht, denn die, die mit ihrem eignen Leben für die Erhaltung des Landes eingetreten sind, haben schließlich das erste Anrecht, dessen Geschicke mitzubestimmen. Da sie zugleich die Träger des wirtschaftlichen Lebens sind, so müssen sie auch am besten wissen, was dem Lande nottut. Anfang Mai treten die Ansiedler in Grootfontein zu einem Farmertag zusammen, um über die weiteren Maßnahmen zur Festigung der Verhältnisse zu beraten. Kolonialverwaltung und Reichstag werden gut tun, diesen Beratungen ernste Beachtung zu schenken. Denn eine Politik, die in direktem Widerspruch steht mit den Ansichten und Bedürfnissen derer, die sie am nächsten angeht, bringt uns nicht vorwärts, sondern rückwärts. Und dies gilt für Ostafrika ebenso sehr wie für Südwestafrika.

Die kolonialen Eisenbahnvorlagen sind inzwischen von der Budgetkommission in vollem Umfang bewilligt worden. An sich wäre dies erfreulich, wenn man wenigstens den Versuch gemacht hätte, die Vorlage für Ostafrika einer Revision zu unterziehen. Wir halten nach wie vor an der in Nr. 13 ausgesprochenen Ansicht fest, daß die in der Regierungsvorlage vertretene Eisenbahnpolitik für Ostafrika eine ernste Gefahr in sich birgt, die Gefahr der Überflügelung durch die Grenznachbarn. Der Weiterbau der Nordbahn über den Kilimandscharo hinaus bis zum Viktoriasee ist in

Frage gestellt und der Bau der Südbahn zum mindesten ad calendae graecas verschoben worden. Dabei ist soeben auf englischem Gebiet ein Teil einer englisch-portugiesischen Konkurrenzbahn fertig geworden, die von Beira nordwärts über den Sambesi, entlang dem Schire über Port Herald Chitromo—Blantyre—Somba nach dem Südbende des Nyassasees führen soll. Vor wenigen Wochen ist das Projekt der Strecke Beira—Sambesi auf portugiesischem Gebiete genehmigt und auf englischem Gebiete die Strecke Port Herald—Blantyre ist soeben in Betrieb genommen worden. Ein kurzer Blick auf die Karte genügt, um zu sehen, daß dieser Weg den Verkehr des ganzen Nyassagebiets an sich ziehen würde, wenn nicht baldigst unsere Südbahn in Angriff genommen wird. Zu dieser Gefahr kommt noch eine größere in Gestalt der in Nr. 13 geschilderten portugiesischen Parallelbahn. Also nochmals: Videant consules! —

In der ostafrikanischen Besiedlungsfrage ist der Staatssekretär nachgiebiger geworden. Er will im Sommer eine Kommission zum Studium der Verhältnisse nach Ostafrika entsenden. Da diese Kommission vom Unterstaatssekretär v. Svindequist geführt werden soll, so kann man Ersprießliches von ihr erwarten. Dennoch hätten wir für zweckmäßiger gehalten, nicht mehr Zeit mit Kommissionen zu verlieren, sondern endlich mit einem praktischen Versuch zu beginnen. Mit einigen hunderttausend Mark ließe sich da viel ausrichten. Ein Duzend tüchtiger deutscher Bauernfamilien und ein bewährter alter Afrikaner zur Führung wären sicherlich unschwer zu finden. Immerhin kann man auch zufrieden sein, wenn die vorgesehene Kommission dafür sorgt, daß im nächsten Kolonialetat die Mittel für eine solche Probesiedlung gefordert werden. Die Sache ist wohl ein paar Hunderttausend wert. Und an der Zustimmung des Reichstags wirds nicht fehlen.

Wäre noch die Alkoholfrage zu erörtern. Dem Reichstag ist nämlich eine Denkschrift zugegangen, betitelt: „Alkohol und Eingebornenpolitik“. Wenn wir nur erst eine vernünftige Eingebornenpolitik hätten, der Alkohol wäre der geringere Kummer. Die Denkschrift vertritt die Ansicht, daß durch die Bekämpfung des Alkoholkonsums die eingeborne Bevölkerung kulturell gehoben, arbeitstüchtiger wird, und verlangt darum einerseits Verteuerung des Alkohols durch kräftige Erhöhung der Einfuhrzölle Hand in Hand mit den Nachbarkolonien, andererseits ein völliges Einfuhr- oder Verkaufsverbot für den Alkohol. Diese Bestrebungen wären an sich sehr zu billigen, denn wenn der Schwarze Schnaps trinken will, so soll er ruhig ordentlich bezahlen. Für den Fiskus und für den Handel wäre dies nur von Vorteil. Eine andre Frage ist es, ob ein Verkaufs- oder Einfuhrverbot die gewünschte Wirkung hätte, ob nicht die Herren Regier wieder in verstärktem Maße bei ihren einheimischen geistigen Getränken, die viel schädlicher sein sollen als unser Schnaps, Ersatz suchen werden. Irgendwelche Anregungsmittel werden schließlich immer genossen, ob sie nun Alkohol, Haschisch oder Opium heißen. Der Alkohol ist davon noch nicht das schlimmste. Sollte übrigens in der Denkschrift nicht Ursache und Wirkung verwechselt sein? Uns will es scheinen, als ob nicht die Regier durch Alkoholentziehung von selbst arbeitssamer würden, sondern daß durch stärkere Heranziehung zu regelmäßiger körperlicher Arbeit die Lust und Gelegenheit zum Schnapstrinken geringer wird. An einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Alkohol und Arbeit glauben wir nur insofern, als der Wunsch nach Alkohol bis dato viele Regier erst zur Arbeit veranlaßt. Hier den Alkohol durch einen andern Anreiz oder „sanften Druck“ zu ersetzen und dann die Erlangung von Alkohol zu erschweren wäre entschieden sehr zu empfehlen.

Item: die Heranziehung des Regiers zur Arbeit ist das A und das O aller Kolonialpolitik. Ist die Eingebornen- und Arbeiterfrage gelöst, so lösen sich alle andern „Fragen“ spielend, auch die Alkoholfrage, denn Müßiggang ist aller Laster Anfang!

